

Für das Recht auf körperliche Selbstbestimmung!

Seit Aschermittwoch belagert die Initiative „40 Tage für das Leben“ mit ihren fundamentalistischen Christinnen und Christen die Beratungsstelle ProFamilia in Bockenheim während ihrer Öffnungszeiten. Heute haben wir ihrer Gängelei der zur Beratung gehenden Frauen* unsere politische Forderung auf körperliche Selbstbestimmung entgegengesetzt.

Mit einer kreativen Aktion hat die Interventionistische Linke Frankfurt sich dem Protest, der bisher hauptsächlich durch eine Person getragen wird, angeschlossen und damit vorübergehend am heutigen Montagmorgen die Mahnwache verhindert. Unter dem Deckmantel der freien Meinungsäußerung und des Versammlungsrechts positionieren sich die christlichen Fundamentalist*innen direkt gegenüber der Beratungsstelle von ProFamilia. Mit Plakaten behangen und auf Knien betend und singend verunmöglichen diese nun seit Wochen die Arbeit von ProFamilia und setzen die beratungssuchenden Frauen unter Druck. Frieda Blank von der Interventionistischen Linken Frankfurt beklagt: „Die Frauen* werden regelrecht gegängelt, was dazu führt, dass das Recht der Frauen* auf eine unabhängige Beratung erheblich eingeschränkt wird.“ Besonders schwerwiegend ist dies, da die Beratung nicht freiwillig ist, sondern gesetzlich vorgeschrieben, um überhaupt einen Abbruch vornehmen lassen zu können.

„Bei unserer Aktion ging es zwar darum, uns auf die Seite all jener zu stellen, die ihr Recht auf einen Schwangerschaftsabbruch wahrnehmen wollen – es ging uns aber nicht darum, das geltende Recht zu verteidigen. Wir wollen weiter voranschreiten im Kampf um das Recht auf körperliche Selbstbestimmung: Wir kämpfen für das uneingeschränkte Recht auf einen Schwangerschaftsabbruch.“ Bekräftigt Blank ihre Position.

Das derzeit geltende Recht zu Schwangerschaftsabbrüchen (§§ 218 und 219 StGB) regelt nur die Straffreiheit unter bestimmten Bedingungen. Die Folgen daraus sind jedoch gerade für die betroffenen Frauen* nach wie vor eklatant. So lernen angehende Ärzt*innen in ihrer Ausbildung nicht, wie sie einen Schwangerschaftsabbruch durchführen. Und auch moderne und weniger invasive Techniken und Medikamente zum Schwangerschaftsabbruch sind entweder nicht bekannt oder in Deutschland nicht legal erhältlich. Gerade in ländlichen Gebieten ist eine medizinische Versorgung für Frauen*, die eine Abtreibung vornehmen lassen wollen oder eine unabhängige Beratung suchen, nicht gewährleistet. „Wir haben für unsere Aktion den Kleiderbügel als Symbol verwendet, denn dieser steht für all jene Schwangerschaftsabbrüche in der Geschichte und auch heute noch, die selbst vorgenommen werden mussten und müssen. Es ist demnach ein Symbol für die ausweglose Situation von Frauen*, für ihre Entschlossenheit und ihren Leidensweg, der bis zum Tod führen kann.“ Beschreibt Frieda Blank die Aktion der Interventionistischen Linken Frankfurt.

Frauen* und ihre Körper sind in unserer Gesellschaft derzeit wieder verstärkt das Spiel- und Kampffeld konservativer, rechter und fundamentalistischer Kräfte. Die Forderung nach Selbstbestimmung ist damit immer eine politische, die sich gegen traditionelle Rollen- und Geschlechterbilder richtet. Dazu erklärt Blank: „Es gilt der Stigmatisierung und Entrechtung entschieden entgegenzutreten und der Tabuisierung von Schwangerschaftsabbrüchen entgegenzuwirken, um die Frauen* darin zu bestätigen, eine Entscheidung zu treffen, die nur sie etwas angeht und nur ihren Körper und ihr Leben betrifft. Denn ob Kinder oder keine, entscheiden wir alleine.“